

Botschaft konkreter Versöhnung

Eine *Schlußbotschaft* faßte die Ergebnisse der Sektionsberichte zusammen, nachdem zuvor mit Nachdruck ein gemeinsames Zeugnis mit der römisch-katholischen Kirche gefordert wurde, die man gern als Vollmitglied sähe. In der Botschaft, weitgehend vom Geist von Bischof Krusche erfüllt, wird der volle Einsatz für die Bewältigung menschlicher Not gefordert. Die Kirchen dürften zwar nicht Partei sein, müßten aber entschlossen Partei ergreifen für alle Hilflosen, Verachteten, Isolierten und Unterdrückten, damit das Evangelium konkret werde. Man solle den waffenlosen Friedensdienst fördern, die Vereinten Nationen stärken und eine baldige Ratifizierung der Bonner Verträge mit Moskau und Polen erwirken. Dieser Passus war auf energischen Einspruch von Bischof Scharf abgeschwächt worden, um nicht zu deutlich eine Parteinahme für Moskau zu verraten, die die russische Delegation angestrebt hatte. Dennoch ist die Haltung von Pörschach geradlinig fortgesetzt worden. Im Jahre 1974 will man wieder zusammenkommen, dann aber auf Sektionen verzichten. Angesichts der angespannten *Finanzlage*, die die KEK bedroht, wurden — ähnlich wie beim Weltkirchenrat — Sparmaßnahmen beschlossen, ein Zeichen dafür, daß

der effektive Einfluß auf die Öffentlichkeit zurückgeht. Das siebenköpfige Präsidium wurde nur wenig verändert. Präses Wilm führt vorläufig die Geschäfte des Vorsitzenden weiter, der Generalsekretär G. G. Williams wurde bestätigt. Der stellvertretende Generalsekretär für die Orthodoxen muß noch gefunden werden. In das Beratungsgremium, dem u. a. auch Bischof Krusche angehört, wurde Archimandrit *Sokolovsky*, Platzhalter des Metropoliten Nikodim in der Steuerung der „Christlichen Friedenskonferenz“, mit der kleinsten Stimmenmehrheit gewählt. Insofern mag das abschließende Urteil des rumänisch-orthodoxen Bischofs *Antonie* berechtigt sein, daß in Nyborg ein „theologischer Konsensus“ gefunden worden sei. Die KEK werde zu einer „echten Brücke zwischen Kirchen und Nationen“. Es ist nicht sicher, ob er dasselbe meinte, was neutralere Beobachter feststellten: in Nyborg sei es vermieden worden, die europäischen Kirchen für den einen oder anderen Block zu verpflichten. Nun, ganz wurde dies nicht vermieden, es wäre gar nicht möglich gewesen. Zu einem ökumenischen Triumphalismus für Europa besteht kein Anlaß. Aber es ist alles glimpflich verlaufen, und die voll besetzte Delegation aus der DDR hat sich in Nyborg kirchenpolitisch freigeschwommen.

nicht genug Rückhalt. Das Manifest von Lusaka dagegen gilt bis heute als Richtschnur für die Politik gegenüber Südafrika. Es wird allerdings mittlerweile sehr unterschiedlich interpretiert. Im November 1970 äußerte sich der Präsident der Republik Elfenbeinküste, *F. Houphouët-Boigny*, ebenfalls positiv über einen Dialog mit der südafrikanischen Republik. Allerdings wollte er diesen Schritt nicht ohne Beratung mit den Mitgliedstaaten der Organisation für die Afrikanische Einheit (OAU) tun. Hatte er damals vielleicht noch mit größerer Anhängerschaft gerechnet, so scheint diese Hoffnung spätestens seit dem Debakel um die Invasion Guineas begraben zu sein. So ließe sich auch der erneute Vorstoß Houphouets vom 28. April 1971 erklären, der ohne Absprache erfolgte. Im März hatten sich bereits der ghanaische Ministerpräsident, der Außenminister sowie die Nationalversammlung für einen baldigen Dialog und eine eventuelle Reise des Außenministers nach Südafrika ausgesprochen. Busia fand diesmal bei einer größeren Mehrheit Unterstützung. Auch der neue Staatschef von Uganda, General *J. Amin*, erklärte sich Anfang April vor Journalisten in Kampala bereit, nach Südafrika zu reisen, um sich dort an Ort und Stelle über die Verhältnisse zu informieren, unter denen die farbige Bevölkerung Südafrikas „leidet“.

Neue Akzente in der afrikanischen Rassenfrage

Während überall in der Welt die Diskussion über das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen andauert und verstärkt katholische Gruppen zu einem ähnlichen Engagement aufrufen (vgl. ds. Heft, S. 302), bahnt sich in Afrika eine neue Entwicklung an. Die jetzt aufkommende *Dialogbereitschaft* einiger schwarzafrikanischer Staaten — zunächst mit Südafrika — könnte sich nach Meinung ihrer Initiatoren, auf Dauer gesehen, als Alternative zu den Befreiungsbewegungen und zu gewaltsamen Aktionen erweisen. In den letzten drei Monaten wurden von verschiedenen afrikanischen Staaten teilweise spektakuläre Erklärungen über eine Annäherung an Südafrika abgegeben. Allerdings liegt der Ursprung dieser Initiativen teilweise schon einige Jahre zurück.

Im Jahre 1969 war erstmals der ghanaische Ministerpräsident *K. Busia* mit der Frage an die Öffentlichkeit getreten, ob man verhängnisvolle Entwicklungen in Afrika nicht durch einen vorbehaltlosen und gleichberechtigten Dialog mit Südafrika abzuwenden versuchen solle. Ein solches Vorgehen habe eher Aussicht auf Erfolg als kriegerische Auseinandersetzungen. Im gleichen Jahr (am 16. 4. 69) veröffentlichten dreizehn zentral- und ostafrikanische Staaten das „*Manifest von Lusaka*“, in dem sie zwar ihre feste Haltung gegenüber der „rassischen Diskriminierung, wie sie gegenwärtig im südlichen Afrika praktiziert wird“, wiederholten, aber gleichzeitig auf die Bereitschaft zu einem Gespräch bei Änderung der Apartheid-Politik hinwiesen. Der Vorstoß Busias fand damals selbst im eigenen Kabinett

Südafrikas Taktik

Zweimal griff der südafrikanische Ministerpräsident *J. B. Vorster* geschickt bzw. gezielt in die Diskussion ein. Am 30. März offerierte er in einer Pressekonferenz den Staatshauptschefs Schwarzafrikas Besuchsmöglichkeiten und den Beginn eines Dialoges zum Abbau rassistischer Spannungen mit dem Ziel einer Zusammenarbeit. Dabei brauche das Thema „Apartheid“ nicht ausgeschlossen zu werden, nur müsse er sich jeden direkten Eingriff in innere Angelegenheiten verbitten. Ähnlich hatte er sich kurz zuvor bereits in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur A.F.P. geäußert. Auf dieses Angebot scheinen die jüngsten positiven Äußerungen afrikanischer Staatshauptschefs unmittelbar zurückzuführen zu sein. Eine Woche vor der Pressekonferenz von Houphouët-Boigny (28. 4. 71) griff Vorster mit einer *gezielten Indiskre-*

tion massiv in die Auseinandersetzungen über die richtige Politik gegenüber Südafrika ein. Vor dem Parlament hatte er dokumentarisch nachgewiesen, daß er seit drei Jahren Kontakt mit dem Präsidenten Sambias, U. Kaunda, habe, der als schärfster Kritiker und Gegner der südafrikanischen Politik gilt und außerdem zur Zeit den Vorsitz der OAU führt. Dieser habe ihm u. a. zu verstehen gegeben, er solle seine öffentlichen Vorwürfe nicht ernst nehmen. Erst im März seien die Gespräche abgebrochen worden. Im Vertrauen auf die Geheimhaltung der Gespräche habe Kaunda seine Doppelzüngigkeit bis zuletzt fortgesetzt.

Die Vermutungen darüber, warum Premier Vorster gerade jetzt seine Enthüllungen machte, sind zahlreich. Anscheinend ging es ihm zunächst um eine Verunsicherung innerhalb der OAU, die eventuell bereits auf der nächsten Gipfelkonferenz der Regierungschefs im Juni zu einer Frontenbildung bzw. zum Bruch führen könnte. Andererseits dürfte er das Ziel verfolgt haben, auch außerhalb Afrikas Zweifel an der Einigkeit und an den wirklichen Motiven afrikanischer Politiker aufkommen zu lassen. Dagegen vermutet „Jeune Afrique“ (4. 5. 71), daß Präsident Kaunda entgegen der Angabe Vorsters ein äußerst schwieriger Verhandlungspartner war. Die „Deutsche Zeitung“ (7. 5. 71) glaubt, „daß die Südafrikaner damit auch jenen kirchlichen Organisationen, die die unter sich völlig zerstrittenen Guerilla-Bewegungen jetzt mit (erheblichen) Geldmitteln versehen, einen Denkkzettel erteilen wollten. Beim Weltkirchenrat in Genf jedenfalls muß die Enthüllung, daß der gleiche Kaunda, der sich immer als Speerspitze gegen Südafrika ansprechen läßt, auf erhebliche wirtschaftliche Vorteile von seiten seines südlichen Nachbarn bedacht ist, einigermaßen peinlich gewirkt haben.“ Die Republik Sambia hat jedoch die Behauptungen als „böswillige Verleumdung“ zurückgewiesen und wartete ihrerseits mit einer eigenen Darstellung auf, die sich erheblich von der Vorsters unterscheidet. Demnach handelte es sich lediglich um einen brieflichen Gedankenaustausch, der zudem von Südafrika ausgegangen sei. Er habe bereits 1968 begonnen und sich im übrigen im Rahmen des Manifestes

von Lusaka bewegt. „Die gegensätzlichen politischen Ansichten über Gleichheit und Menschenwürde hätten diese nachweisbaren Annäherungsversuche zum Scheitern verurteilt.“ So steht Behauptung gegen Behauptung, doch ist auffallend, daß die Reaktion Kaundas nicht die erwartete Schärfe enthält und daß man sich mittlerweile zur Veröffentlichung von vier zwischen April und August 1968 ausgetauschten Briefen veranlaßt sah. Im ersten Schreiben Kaundas vom 1. April 1968 heißt es z. B., Sambia habe sich „nie gegen die weiße oder nichtweiße Bevölkerung Südafrikas oder Rhodesiens ausgesprochen“. Die dortige Politik sei allerdings „nicht im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung“ und müsse deshalb verurteilt werden. Sambia wolle mit seiner Politik „die Weißen nicht ins Meer treiben“. Es trete lediglich für die Gleichheit der Rassen ein. „Alles andere sei unchristlich“.

Afrikanischer „Wandel durch Annäherung“

Von allen Äußerungen zu einer veränderten Strategie gegenüber Südafrika fanden die Houphouët-Boignys die größte Beachtung. Dies ist seinem bisherigen Verhalten und seinem Ansehen zu verdanken. Auf der fünfständigen Pressekonferenz am 28. April nannte er die Annahme der südafrikanischen Einladung einen „Akt des Glaubens und des Mutes“. Doch müsse man dieses Wagnis eingehen, um eventuelle kriegerische Auseinandersetzungen zu verhindern, die eine Katastrophe für den gesamten Kontinent wären. Es werde sicherlich ein sehr langer Weg notwendig sein, man müsse viel reden und diplomatisch ruhig verhandeln, doch könne sich die Ausdauer eines Tages bezahlt machen. Es sei anzuerkennen, daß Südafrika nach so vielen Verurteilungen und Boykottmaßnahmen, nach Isolation und Schweigen seinerseits immer noch zum Dialog bereit sei. Er verurteilt aufs schärfste die Apartheid-Politik, sieht aber keine Möglichkeit, sie durch Befreiungsbewegungen oder andere militante Aktionen zu beseitigen. Dabei werde immer auch die farbige Bevölkerung in Mitleidenschaft gezogen. Außerdem sei das militärische Übergewicht Südafrikas viel zu groß. Der Dialog könne vielleicht dazu

beitragen, daß die Regierung in Pretoria auch mit der eigenen schwarzen Bevölkerung ins Gespräch kommt. Aus all seinen Äußerungen (vgl. „Le Monde“, 30. 4. 71) geht hervor, daß er an die Kraft von Überzeugung, Beispiel, Gedankenaustausch und Geduld glaubt. Zu den portugiesischen Kolonien befragt, betonte er dagegen, daß in diesem Falle die Unterstützung der Befreiungsbewegungen fortgesetzt werden müsse — was allerdings auch hier nicht ausschliesse, daß man versucht, Kontakt zu offiziellen portugiesischen Stellen herzustellen. Solange die Konfrontation mit den weißen Minderheitsregierungen bestehe, sei mit einer verstärkten Parteinahme der Großmächte und mit Anbiederungsversuchen u. a. der Volksrepublik China zu rechnen. „Blockfreiheit“ sei heute schon fast identisch mit Abhängigkeit von der Volksrepublik China oder von der Sowjetunion.

Erwartungsgemäß waren die Reaktionen auf diesen Vorstoß sehr zwiespältig. Neben Ghana bekannten sich Madagaskar, Malawi (das bereits diplomatische Beziehungen zu Südafrika unterhält), Gabun, Uganda, Dahomey, Ruanda und die Zentralafrikanische Republik fast vorbehaltlos zu dieser Politik des „Wandels durch Annäherung“, wobei sie alle ihre klare Ablehnung der Apartheid-Politik unterstrichen. Einige andere Staaten haben sich bisher noch nicht festgelegt. Von Sambia, Tansania, Nigeria, Äthiopien, Kamerun und Kongo dagegen wurde die Elfenbeinküste des Verrates und „faschistischer Methoden“ bezichtigt. Teilweise rief man in diesen Ländern zu einem verstärkten „unerbittlichen Kampf“ gegen Südafrika auf. Die „Mauer der Solidarität“ jedenfalls scheint eingerissen, der radikale Kurs des bisher tonangebenden OAU-Flügels beeinträchtigt zu sein. Zieht man allerdings die Bilanz, so steht doch noch der größte Teil der afrikanischen Staaten zu den bisherigen Prinzipien. „Das Manifest von Lusaka wird nach wie vor von Südafrika abgelehnt, Malawi und die Elfenbeinküste erwähnen es kaum, während die militanten afrikanischen Staaten in diesem Dokument die ‚Minimalforderung‘ an Südafrika sehen. Dies ist — auf einen Nenner gebracht — der derzeitige Stand, woraus zu erkennen ist, wie sich die Interessen in

bezug auf einen Dialog verteilen“ („Internationales Afrika-Forum“, Februar 1971). Der eine Teil beharrt auf dem Vorsatz, vor jedem Gespräch eine „Demokratisierung“ in Südafrika abzuwarten, der andere Teil glaubt, diese Änderung nicht durch Gewaltandrohung oder gar -anwendung herbeiführen zu können. Einziges Verbindungsglied zwischen den Positionen scheint die gemeinsame Auffassung zu sein, daß eine Vertreibung der Weißen nicht die richtige Lösung wäre (da diese ebenso Afrikaner sind wie alle anderen im Laufe der Zeit dort ansässig gewordenen Gruppen).

Außerhalb Afrikas fanden die neuen Anstöße größtenteils ein behutsam-positives Echo: „Le Figaro“ (5. 5. 71) bezeichnet die Aussage, daß nichts schlimmer sei, als von den Großmächten unterstützt zu werden, als die „grundlegende Philosophie der Pressekonferenz“. „Les Echos“ (29. 4. 71) meinte, Houphouët-Boigny habe „mutig und realistisch seine Wahl getroffen“. „Le Monde“ (30. 4. 71) sieht die Möglichkeit, daß bei offiziellen Kontakten der südafrikanischen Regierung mit ausländischen schwarzen Politikern der Anachronismus der Apartheid-Politik offenbar werde — und schließlich die Regierung in Pretoria in Zugzwang gegenüber der eigenen schwarzen Bevölkerung gerate. Dies sei immerhin ein Anfang. „The Observer“ (2. 5. 71) nennt den Schritt „eine sorgfältig geplante diplomatische Initiative, die im Falle des Erfolges in entscheidendem Maße die Ereignisse in Afrika in der nächsten Dekade beeinflussen könnte“. Andernfalls bestehe die große Gefahr einer Spaltung der Afrikaner und einer verstärkten Pflicht westlicher Staaten, sich auf der einen oder anderen Seite festzulegen. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (3. 5. 71) schließlich nennt das „Signal aus Abidjan eine die Wurzeln des eigenen Systems [Südafrikas] gefährdende Herausforderung... Ein Scheitern des Versuchs wäre für die südafrikanische Innen- und Außenpolitik ein Fiasko, für den Weltfrieden eine Gefahr.“

Folgen für kirchliche Aktivitäten?

Noch sind die Ergebnisse der neuen Entwicklung völlig ungewiß. Weder Über- noch Unterschätzung scheinen

angebracht. Doch müßten in Zukunft auch außerhalb Afrikas in der Diskussion und Planung von Aktionen und Meinungsbildung zum Themenkreis Rassismus diese Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Das würde in keinem Falle ein Abweichen von der Verurteilung rassistischer Politik bedeuten. Lediglich die Frage der geeigneten Mittel ist davon betroffen. Die sich nun abzeichnende innerafrikanische Auseinandersetzung könnte zu einer *realistischeren Betrachtung* der Möglichkeiten der Befreiungsbewegungen und des Verhandlungsweges mit indirekter Druckausübung führen. Dabei kann es nicht um eine Änderung im Sinne des CSU-Vorsitzenden *F. J. Strauß* gehen, der soeben in einem Interview die polemische Äußerung machte, bei der Einschätzung der Politik Südafrikas und der schwarzafrikanischen Staaten müsse man aus der „gefühlvollen Beurteilung durch deutsche Pensionatsdamen und skandinavische Humanisten“ zur Versachlichung zurückkehren (zit. nach „Süddeutsche Zeitung“, 8. 5. 71). Interessant ist dagegen die Äußerung des katholischen Erzbischofs von Melbourne, der einem Aufruf des australischen Rates der Kirchen widersprach und es als „überkritisch“ und „diskriminierend“ bezeichnete, wenn von kirchlicher Seite zu einem Boykott von Sportveranstaltungen mit Südafrikanern aufgerufen werde. „Ich halte eine Verurteilung des Rassismus aus australischer Sicht auf diese Weise für überkritisch. Geschieht dies vielleicht, um unsere eigenen Defekte zu vertuschen?“ fragte er im Hinblick auf die Politik eines „weißen Australien“ (NC News Service, 4. 5. 71).

Direkt betroffen von dieser Alternativpolitik ist der Weltrat der Kir-

chen, der sich mit seiner Unterstützung der Befreiungsbewegungen festgelegt hat. Es bleibt abzuwarten, inwieweit seine Politik davon berührt wird. Der Generalsekretär des Weltkirchenrates, *E. C. Blake*, wurde in einem Interview mit der westafrikanischen katholischen Zeitung „*Afrique Nouvelle*“ (8. 4. 71) erst jüngst auf dieses Thema angesprochen. Blake sagte u. a.: „Die Probleme des Rassismus und des Kolonialismus sind in der Tat politische Probleme... Man muß nach politischen Lösungen dafür suchen. Sei es durch Gewalt, sei es durch den Dialog.“ Nach dem Hinweis auf ein Gespräch, das er erst kürzlich mit Ministerpräsident Busia geführt habe, fuhr er fort: „Ich bin kein Gegner des Dialogs — weder in diesem Fall noch sonst. Aber es ist wichtig zu wissen, wer unser Gesprächspartner ist. Diejenigen afrikanischen Staatschefs, die den Dialog mit Südafrika führen wollen, müssen darauf achten, daß sie nicht die OAU zerschlagen. Sie können diskutieren, sollten aber das übergeordnete Interesse Afrikas im Auge behalten, das mir wichtiger erscheint als ihre eigenen momentanen wirtschaftlichen Interessen.“ Abschließend fügte er hinzu: „Ganz einfach gesagt, ich habe Vertrauen — die Ungerechtigkeit hat noch nie, zu keiner Epoche, die Gerechtigkeit besiegt.“

Es bleibt die Frage, ob Blake mit seiner Behauptung recht hat, wirtschaftliche Interessen seien die Hauptbeweggründe für die Dialogbereitschaft. Sind es wirklich rein materielle Interessen, die den Anstoß für diesen Versuch einer Annäherung gegeben haben? Oder könnte es nicht auch sein, daß gerade diese Staaten auf ihre Weise „das übergeordnete Interesse Afrikas“ vertreten?

Schwieriger Zusammenschluß asiatischer Bischöfe

Wer von der ersten Zusammenkunft des *Zentralkomitees der asiatischen Bischöfe* viel erwartet hatte, wurde sehr enttäuscht. Dieses neue Gremium, das sich aus den dreizehn Präsidenten (vier Kardinäle, neun Bischöfe) der regionalen Bischofskonferenzen Asiens zusammensetzt, tagte vom 18. bis 20. März gemäß einem Sechzehn-Punkte-Beschluß, der bei der ersten panasiatischen Bischofskonferenz in Manila im No-

vember 1970 (vgl. Herder-Korrespondenz, ds. Jhg., S. 22 ff., S. 77 ff.) verabschiedet wurde. In der von der Generalversammlung *einstimmig* angenommenen Anlage A zur Resolution 1 über die „Schaffung eines ständigen Instruments für die effektive Verwirklichung der Beschlüsse dieser Versammlung“ präzisierten die Bischöfe ihre Vorstellungen von koordinierter Tätigkeit. Obwohl nicht nur die Botschaft der